

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Sozial- und Erziehungsdienste

Aufwertung jetzt – für die volle Durchsetzung der Forderungen!

In blumig gehaltenen Sonntagsreden sogenannter Wirtschafts- und Polit“eliten“ wird von der wichtigen „Ressource Mensch“ ab dem (früh-)kindlichen Bildungsbereich gesprochen. Gleichzeitig sollen die Beschäftigten diese Arbeit für 'n Appel und 'n Ei erledigen. Bei den berechtigten Forderungen nach der längst überfälligen Aufwertung in den Sozial- und Erziehungsdiensten darf es keinen Aufschub geben!

Alljährlich steigende Lebensmittelpreise, Strom, Gas, Verkehr lassen am Ende des Geldes immer mehr Monat übrig. Durch den Arbeitskampf 2009 wurden Verluste aus der Einführung des TVÖD teilweise ausgeglichen. Jetzt muss die längst überfällige Aufwertung der Berufe stattfinden. Die Forderungen, unter anderem die nach einer Erhöhung der Tabellenwerte im Durchschnitt um 10%, die Anerkennung von Vorbeschäftigungszeiten (wie es beim BAT noch der Fall war) usw., sind mehr als berechtigt. Der Arbeitskampf ist vorbereitet: Eine volle Durchsetzung ist nötig und möglich!

Geld ist genug da

Die Arbeitgeber halten die Forderungen für „unrealistisch“. Das Statistische Bundesamt vermeldete im Februar jedoch einen Überschuss der Einnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in Höhe von 18 Milliarden Euro. Wenn dennoch viele Kommunen Finanzlöcher haben, darf das nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Kinder abgeladen werden. Es ist eine politische Frage, wohin Geld fließt und wofür es ausgegeben wird. Während Konzerne und Reiche mit Steuersenkungen und großzügigen Finanzgeschenken überhäuft werden, und während immer weitere Milliarden für Rüstungsprojekte locker gemacht werden, wird beim öffentlichen Dienst, bei Gesundheit,

Bildung und Sozialem weiter behauptet, es sei nicht genug Geld da. Der Ver.di Vorsitzende Frank Bsirske weist darauf hin, dass jährlich 50 Milliarden Euro mehr in die öffentlichen Kassen fließen würden, gälte noch die Steuergesetzgebung von 1997. Mit einer Millionärssteuer von zehn Prozent (bei einem Freibetrag von einer Million Euro) würden 200 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen. Dieses Geld könnte (direkt oder indem es in die Kommunen fließt) in den Bereichen Erziehung, Bildung, Gesundheit und Soziales wesentlich sinnvoller eingesetzt werden, als in den Händen von wenigen verspekuliert oder verprasst zu werden!

Erzwingungsstreik

Die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber muss zurück gewiesen werden. Die Vorbereitungen für den Arbeitskampf sind getroffen. Den Ankündigungen von ver.di müssen jetzt Taten folgen. Es gibt keinen Grund für ein Einlenken. Der Arbeitskampf 2009 hat gezeigt, dass die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ein starkes Durchhaltevermögen besitzen. Zentral für einen Erzwingungsstreik wird sein, dass die öffentliche Meinung und die solidarische Unterstützung, insbesondere von den Eltern, erhalten bleibt.

V.i.S.d.P.: A. Teweleit, c/o Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Solidarität

Um das auch bei mehrtägigen Streiks über mehrere Wochen sicher zu stellen, ist umso wichtiger, dass die Eltern und eine Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung die Streikziele für gut und ihre Durchsetzung für wichtig halten. Je länger der Streik, umso mehr Überzeugungsarbeit wird nötig sein. Der Zusammenhang zwischen dem Tarifikampf und dem Kampf für eine bessere Qualität in den Sozial- und Erziehungsdiensten muss deutlich werden. Eine Aufwertung der Berufe, wie sie gefordert wird, wäre ein erster wichtiger Schritt. In einem nächsten Schritt sollten auch mehr Personal und bessere Ausstattung gefordert werden. Für diese Ziele müssen Beschäftigte und Eltern gemeinsam kämpfen.

Für den Erzwingungsstreik wäre daher wichtig, dass nicht nur die Elternvertretungen einbezogen sind, sondern dass alle Eltern durch regelmäßige Flugblätter informiert werden, und auch Diskussionsangebote erhalten (zum Beispiel bei Kaffee und Kuchen in Streiklokalen).

Aktive Solidarität sollte auch über die Gewerkschaft organisiert werden, zum Beispiel indem andere ver.di Fachbereiche ihre Mitglieder auffordern, sich solidarisch zu zeigen. An bestimmten Streiktagen sollten Eltern aufgefordert werden, mit zur Demo zu kommen (am besten an einem Nachmittag).

Über lokale Solidaritätskomitees, in denen auch soziale Bewegungen, die Partei DIE LINKE und andere einbezogen werden, können Aktionen, Infostände in der Innenstadt oder bei Einkaufszentren/Spielplätzen und vieles mehr geplant und organisiert werden.

Gemeinsam auf die Straße

Auch andere KollegInnen befinden sich aktuell in harten Tarifaueinandersetzungen. Den KollegInnen von Amazon wird seit zwei Jahren ein Tarifvertrag vorenthalten. Die KollegInnen der GDL werden seit Juli 2014 durch Verzögerungstaktiken hingehalten.

Auch die Beschäftigten im Einzelhandel stehen 2015 wieder in Tarifaueinandersetzungen.

Hier kannst du mehr über das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di erfahren und Kontakt aufnehmen:

www.netzwerk-verdi.de

www.facebook.com/netzwerkverdi

info@netzwerk-verdi.de

Auch sie haben 2013 bewiesen, dass sie für einen langen und harten Arbeitskampf bereit waren. Bei der Post sollen die KollegInnen durch Auslagerungen und Bezirksneuzuschneide schlechter bezahlt werden, bei gleichzeitiger Zunahme der Arbeitshetze. Hier steht möglicherweise ein bundesweiter Streik vor der Tür.

Ver.di sollte Solidaritätsbesuche organisieren und die Proteste ko-ordinieren. Gemeinsame Protestkundgebungen an zeitgleichen Streiktagen vermitteln allen Beteiligten das Gefühl von Stärke. Auch in der Öffentlichkeit werden solche Proteste viel mehr wahr genommen. So kann auf die öffentlichen Arbeitgeber der politische Druck erhöht werden und auf Private kann wegen Imageverlust (was zum Beispiel weniger Kunden bedeutet) ebenso der Druck gesteigert werden.

Demokratische Streikführung

Beim Arbeitskampf 2009 wurde lange und entschlossen gekämpft. Die Streikerfahrung war positiv. Doch gab es auch Unzufriedenheit über das Ergebnis. Da der Streik abgebrochen war, akzeptierten viele das Ergebnis, weil sie eine Wiederaufnahme des Arbeitskampfes für unrealistisch hielten. Die streikenden KollegInnen sollten selbst über den Verlauf des Arbeitskampfes bestimmen. Auf täglichen Streikversammlungen muss transparent über den Verhandlungsverlauf informiert werden. Es muss die Möglichkeit geben, über die Streiktaktik zu diskutieren. Örtliche, bezirkliche und bundesweite Streikleitungen sollten von den Streikenden gewählt und rechenschaftspflichtig sein. Über jeden Schritt im Arbeitskampf (auch einen Streikabbruch) sollte auf den Streikversammlungen diskutiert und entschieden werden. Mit diesen Maßnahmen kann erreicht werden, dass sich die Mitglieder noch mehr als aktiver und Teil der Gewerkschaft verstehen. Dieser Arbeitskampf ist eine Chance für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die Stärkung des Organisationsgrades und den Aufbau von Aktiven-Strukturen in den Betrieben.